Nr. 157 November 2024

radiisli

aussen rot innen scharf

Interview mit Markus Späth, Andreas Jenni und Thomas Röhren

Integrative und inklusive Schule ein brennendes Thema

SP Weinland

Abstimmung am 24. November 2024

Nein zum masslosen Autobahnausbau

Inhalt

3 **Rote Gedanken zum Quartal**
Käthi Furrer

4 **„Die Regierung ist in einem desolaten Zustand."**
Café Fédéral mit Jacqueline Badran
Käthi Furrer

6 **„Wir leben noch."**
Das „P.S." in der bedrängten Medienlandschaft
Min Li Marti

8 **Integrative und inklusive Schule – ein brennendes Thema**
Interview mit Markus Späth, Andreas Jenni und Thomas Röhren
Holger Gurtner

11 Integratives Gymnasium
Sibylle Jüttner

13 Lehrlingsausbildung
Paul Mayer

15 **Gleichgewicht**
Therese Rice

16 **Nein zum masslosen Autobahnausbau**
Käthi Furrer

17 **EFAS – Äh, was?**
Holger Gurtner

Zweimal Nein zur Schwächung des Mieterschutzes
Käthi Furrer

18 **Traum von einer besseren und gerechteren Welt**
René Holenstein

20 **Atomenergie nein danke**
Therese Rice

27 **Kulturtipp links: Bodenständig und beharrlich**
Jacqueline Badrans Weg ins Bundeshaus

Dranbleiben

Mit grossen Anstrengungen haben wir in diesem Jahr ein paar wichtige Abstimmungen gewonnen, vor allem die 13. AHV-Rente im Frühling und das Nein zur Rentenkürzung bei der BVG-Vorlage im September. Darauf können wir stolz sein.

Von diesen Erfolgen abgesehen, weht uns aber ein rauer Wind entgegen. Egal, ob wir auf Europa, die Schweiz oder den Kanton Zürich blicken, fast überall sind die Rechten auf dem Vormarsch. Von einem «Grossangriff auf die soziale Schweiz» spricht denn auch unser Zürcher Team aus dem National- und Ständerat im Bericht zur Herbstsession. Die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat plant ein knallhartes Sparprogramm und will es mit der berüchtigten Schuldenbremse auch knallhart durchsetzen. Davon ist in diesem Heft in mehreren Beiträgen die Rede.

Im Kanton Zürich blasen die Bürgerlichen zum Angriff auf die integrative Schule und fordern mit einer Volksinitiative die Wiedereinführung von Kleinklassen. Sie wollen damit eine bildungspolitische Errungenschaft über Bord werfen. Auch wenn es für schwierige Situationen an unseren Schulen sicherlich Handlungsbedarf gibt: Eine Rückkehr zur Separation der Kinder mit besonderen Bedürfnissen kann nicht die Lösung sein. Wie konstruktive Lösungen ohne Ausgrenzungen aussehen können, zeigt das Interview mit den SP-Schulpräsidenten in diesem radiisli.

Dem allgegenwärtigen Druck von rechts müssen wir beherzt entgegentreten, auch im Weinland. Wie machen wir das? Indem wir uns selbstbewusst zu Wort melden. Mit eigenen Veranstaltungen und Abstimmungskampagnen. Gerade haben wir im Bezirk Plakate gegen den Autobahnausbau aufgestellt.
Am Wichtigsten finde ich, dass wir zusammenhalten und uns nicht entmutigen lassen. Dass neue Mitglieder und Gleichgesinnte zu uns kommen und mitmachen, damit wir stark genug sind, um dranzubleiben.

Käthi Furrer, Co-Präsidentin SP Weinland

«Die Regierung ist in einem desolaten Zustand.»

Text und Bilder: Käthi Furrer

Das «Café Fédéral» ist ein Veranstaltungsangebot der Kantonalpartei und eine feine Sache. Die Sektionen buchen ein Zürcher Mitglied aus dem National- oder Ständerat, um aus erster Hand zu erfahren, was im Bundes-haus abgeht. Die SP Weinland hatte am 1. Oktober 2024 Jacqueline Badran zu Gast. Ihr Bericht über die Herbstsession und ihre politische Arbeit, aber auch der Austausch zu aktuellen Fragen hielt das Publikum einen Abend lang in Atem.

Der Saal des reformierten Kirchgemeindehauses Andelfingen füllt sich mit immer mehr Gästen. Mitglieder und Sympis sind gekommen, um Jaqueline Badran zu hören, die grosse Tafel mit Speis und Trank wird angebaut, über 30 Neugierige sind da. Zu Beginn erzählt Jacqueline über ihren politischen, beruflichen und persönlichen Werdegang (siehe Kasten), um dann nahtlos zum Bericht aus der Session und der Legislatur überzugehen.
Die Fronten haben sich verhärtet, der Bundesrat zeigt sich rücksichtslos rechtslastig, die Bürgerlichen in der Regierung nutzen ihre Mehrheit gezielt aus. Albert Rösti marschiert mit Hilfe von FDP und SVP «brutal durch»: Rigide Sparprogramme drohen zur Aushöhlung der öffentlichen Hand zu führen, die geplanten Kürzungen treffen die AHV, der Prämienverbilligung, die Kita-Finanzierung, die Entwicklungszusammenarbeit und den Klimaschutz, um nur ein paar der 60 Sparvorhaben zu nennen. Versprechungen im Umweltbereich werden gebrochen. Dass Rösti den Bau neuer AKW wieder salonfähig macht, ist nur eins der drastischen Beispiele.

«Die Regierung ist in einem desolaten Zustand», sagt Jacqueline Badran. Der berühmte Slogan «Mached us em Staat Gurkesalat» aus der Jugendbewegung der 80er-Jahre treffe heute auf die Bürgerlichen zu. Schlimm sei auch die Ausdünnung der Medienlandschaft, wo eine vielfältige und gut recherchierte Berichterstattung mehr und mehr verloren gehe.
Jacqueline Badran ist in Fahrt und kaum zu bremsen, aber auch die Fragen aus dem Publikum hören nicht auf. Wie schaffen wir die 10-Millionen-Schweiz, die Einwanderung von Flüchtlingen und Arbeitssuchenden, den Umgang mit dem mit dem kostbaren Gut Boden?

Wir verlängern um eine halbe Stunde. Nach der eher düsteren Diskussion um die politische Lage fragt jemand aus dem Publikum: Hat sich während der letzten Jahre und Jahrzehnte in unserem Land und auch weltweit nicht auch vieles verbessert? Wir Linke und Grüne haben doch auch Erfolge zu verbuchen. Zudem haben die jüngsten Abstimmungen über die 13. AHV-Rente und die berufliche Vorsorge gezeigt, dass wir in der Sozialpolitik auch gewinnen können.
Ja, das stimmt, sagt Jacqueline. Und natürlich ist Resignation keine Option. Kräfte bündeln, die Partei einigen, die Menschen mit unseren Initiativen und Referenden hinter uns scharen, das Blatt wenden, dafür kämpfen wir weiter. Nach einem warmen Applaus für den spannenden Abend gehen beim Aufräumen und einem letzten Glas im Stehen auch die persönlichen Gespräche zu Ende. Jacqueline nimmt einen späteren Zug zurück nach Zürich.

Porträt Jacqueline Badran
geboren 1961, wohnt in Zürich

Politisch
Nationalrätin seit 2011, Mitglied der Kommission UREK (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) bis 2018, seit 2018 in der Kommission WAK (Kommission für Wirtschaft und Abgaben)
Gemeinderätin Stadt Zürich (2002-2011)
Rechnungsprüfungs-Kommission (2002-2010)
Stadtentwicklungs-Kommission (2010-2011)
Mitglied der KMU-Gruppe, Vorstandsmitglied des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands
Stiftungsrätin «Zugang für alle»
2001- 2008: Präsidentin der Umweltkommission der SP Kanton Zürich

Beruflich
Unternehmerin; Mitinhaberin und Geschäftsführerin der Firma Zeix AG seit 2000
Biologin (dipl.phil.II) und Ökonomin/Staatswissenschafterin (lic.rer.publ.HSG)
Finanzverwaltung des Kantons Zürich
Wirtschaftsförderung des Kantons St. Gallen
Infodienst Wildbiologie
Zürich-Leben (BVG-Unternehmensberatung)
Patentierte Skilehrerin
Weitere Jobs von der Skilehrerin, Bauarbeiterin (Eisenlegerin) über die Marktforscherin bis zur Reitlehrerin und Bridgelehrrin, da ich meine beiden Studiengänge zu 100% selbst finanzierte.

Quelle: badran.ch

„Wir leben noch.“

Das „P.S.“ in der bedrängten Medienlandschaft

Text: Min Li Marti, Chefredaktorin und Verlegerin des „P.S.“, Nationalrätin

Tamedia baut ab: Zwei Druckstandorte werden geschlossen und zusätzlich werden 90 journalistische Stellen gestrichen. Traditionsreiche Lokalzeitungen wie der Landbote, der Zürcher Oberländer oder die Zürichsee-Zeitung verlieren ihren eigenen Online-Auftritt und die Eigenständigkeit ihrer Redaktionen. Diese Abbaumaßnahme ist nicht die erste und wird kaum die letzte sein. Und Tamedia ist damit nicht allein, zuvor hatte auch CH Media einen Stellenabbau angekündigt, auch die SRG muss sparen. Wir stecken in einer akuten Medienkrise. Es ist allerdings nicht die erste. «Ab Mitte der 1960er Jahre setzte ein massiver wirtschaftlich bedingter Konzentrationsschub ein, der vielen Zeitungen das letzte Stündlein bescherte», schrieb Ulrich Frei im Buch «Ein toter Baum aus dem Bannwald der Demokratie» über die Geschichte des Zürcher Volksrecht. Das damalige Zeitungssterben hatte zwei Gründe: Werbetreibende begannen ihr Budget gezielter einzusetzen. Davon profitierten vor allem die Grossen. Zudem stiegen die Kosten, einerseits für die personellen Aufwände, aber auch für technologische Neuerungen wie Filmsatz und Offsetdruck, die grosse Investitionen benötigten. «Kleinere und mittlere Zeitungen riskierten immer mehr in jene verhängnisvolle, nach unten gerichtete Spirale hineinzugeraten: Weniger Geld, weniger Umfang und weniger journalistische Leistungen, weniger Abonnenten, weniger Inserate, weniger Geld usw.», schrieb Frei weiter. Opfer dieser Bereinigung war vor allem die weltanschauliche Mei-

nungspresse: Die katholische und eben auch die sozialdemokratische Presse. Diese fusionierten teilweise mit der freisinnigen Presse zu den eben jenen Forumszeitungen, die heute vor dem Abbau stehen. Die einzige Überlebende der einst vielfältigen sozialdemokratischen Presse ist die Schaffhauser AZ. Und – indirekt – das P.S., das aus den Ruinen der DAZ entstanden ist, das seinerseits aus dem Volksrecht entsprungen ist.

25 Jahre P.S.

In diesem Jahr wird das P.S. 25 Jahre alt. Das P.S. war in seiner Geschichte immer wieder finanziell bedroht. Dank einigen Spendenaktionen und einer treuen Leser:innenschaft lebt es heute noch. Seit 2014 unter meiner Leitung, davor durch Koni Loepfe geführt. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums gibt es ein funktionierendes Medienökosystem, in das auch investiert wird – gerade eben wurde bekannt, dass Christoph Blocher einige Stadtzürcher Quartierzeitungen übernommen hat. Im Buch «Zivilgesellschaft von rechts», das den Aufstieg der Zürcher SVP beschreibt, schildern die Autoren Hans Hartmann und Franz Horvath, dass der Aufbau und die Pflege der eigenen Medien zur gezielten Strategie gehören. Links hingegen ist zwar nicht gerade eine Wüste, aber auch nicht wirklich eine blühende Presselandschaft. 1981 wurde die linke Wochenzeitung „WoZ“ gegründet. Auch sie hatte immer wieder mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, sich aber in den letzten Jahren finanziell stabilisiert. Dazu kamen einige lokale Neugründungen wie die Online-Magazine „Tsüri.ch“ oder „Das Lamm“, die aber auch finanziell stets kämpfen müssen. Die 2019 gegründete „Republik“ spricht zwar eher ein linksurbanes Publikum an, sieht sich im eigenen Selbstverständnis nicht als linke Presse. Auch „zentralplus“ oder die „Hauptstadt“, die in Luzern beziehungsweise in Bern als Reaktion auf den Abbau der Medienvielfalt gegründet wurden, sind ähnlich positioniert. Es gibt also kein linkes Medienökosystem, sondern lediglich einige Nischen.

Medien sind nicht einfach ein Konsumprodukt

Die Medienkrise, die wir jetzt erleben, hat ihre Ursachen im veränderten Nutzungsverhalten. Gehörte früher die Zeitung zum Frühstücksritual, haben die Menschen heute eine Vielzahl von Optionen zur Auswahl: Von den sozialen Medien bis zum Podcast, die Konkurrenz um die Aufmerksamkeit ist immer grösser geworden. Das hat auch zu einer Veränderung bei der Werbung geführt. Auf digitalen Plattformen kann Werbung sehr viel zielgruppengerechter geschaltet werden. Früher hat der Stellenanzeiger den Journalismus querfinanziert. Heute ist der Stellenanzeiger eine Online-Plattform, die vielleicht sogar dem gleichen Medienkonzern gehört, dessen Gewinne aber bei den Aktionär:innen landen und nicht im Journalismus. Kapitalistische Konzerne wollen Geld verdienen: Und mit Journalismus geht das immer schlechter. Nun sind Medien aber nicht einfach ein Konsumprodukt, sondern ein essenzielles Gut für die Demokratie. Sie sorgen dafür, dass Bürger:innen und Bürger faktentreu informiert werden und schauen gleichzeitig den Mächtigen auf die Finger. Das wäre zumindest das Ideal, das mangels Ressourcen immer weniger funktioniert. Die oben erwähnte Negativspirale dreht auch heute.

Das gilt alles auch für das P.S. Unser Abostamm ist wie bei allen anderen Zeitungen eher überaltert. Jüngere Abonennt:innen zu gewinnen ist schwierig. Uns fehlen die Ressourcen für Werbekampagnen, für eine grössere geographische Abdeckung oder für aufwendige Recherchen. Der Sprung aus der kleiner werdenden Nische ist daher anspruchsvoll. Aber wir leben noch. Die letzte Spendenaktion hat uns gezeigt: Unsere Leserinnen und Leser hängen nach wie vor am P.S. und wollen, dass es weiter existiert. Das wäre auch mein Wunsch. Aber dazu wäre auch mindestens mittelfristig wieder ein Generationenwechsel nötig. Denn Junge ansprechen können nun mal Junge besser selber.

grüssen uns
gegenseitig.

Integrative und inklusive Schule – ein brennendes Thema

Interview: Holger Gurtner, Gemeinderat Feuerthalen, Ressort Gesellschaft
Bilder Arnold Kohler (Porträts zvg)

Die Volksschule steht zurzeit durch die Politik unter Beobachtung. Die integrative Schule, wie sie gedacht ist, wird von vielen Seiten her in Frage gestellt. Wie sich die Situation im Weinland zeigt und welche Projekte angedacht oder bereits realisiert sind, möchten wir nun von unseren beiden amtierenden und dem ehemaligen Schulpräsidenten in Erfahrung bringen.
Rede und Antwort stehen:

Thomas Röhren
Präsident
Sekundarschule Andelfingen

Andreas Jenni
Präsident Primarschule Dachsen
2002 bis 2006, ab 2014
Gemeindepräsident Rheinau

Markus Späth
Schulpräsident Feuerthalen
(Kita, Kindergarten, Primar
und Sek)

Was ist aus eurer Sicht mit integrativer Schule gemeint?

Andreas Jenni: Integration umfasst alle Lebensbereiche, nicht nur die Schule. Integration ist ein wichtiger Pfeiler unserer Demokratie. Die Integration ermöglicht – oder begünstigt zumindest – die Teilhabe aller am Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft.

Markus Späth: Unsere Volksschule ist eine Schule für alle. Jedes Kind soll individuell entsprechend seinen Fähigkeiten gefördert werden – wenn immer möglich in einer Klasse. So wird kein Kind ausgeschlossen und als «Sonderschüler:in» fürs Leben abgestempelt. Für Kinder mit besonderen Bedürfnissen – etwa körperlichen oder geistigen Handicaps – stehen den Klassenlehrpersonen speziell ausgebildete Heilpädagog:innen, Klassenassistenzen und Therapeut:innen zur Verfügung. Die Kinder lernen so gemeinsam mit unterschiedlichsten Mitschüler:innen umzugehen und entwickeln unter Führung der Lehrpersonen solidarisches Verhalten andern gegenüber.

Thomas Röhren: Schule ist ein bunter, lebendiger Lebens- und Bildungsraum für alle Beteiligten. Alle Beteiligten sollten die Möglichkeit zur Partizipation in der Volksschule haben. Das ist integrative Schule. Da es nur eine Volksschule gibt, ist es eigentlich logisch, dass möglichst alle Kinder – es gibt berechtigte Ausnahmen bei einem besonderen Bildungsbedarf – von der Volksschule profitieren und sie geniessen dürfen.

In die Volksschule dürfen alle Kinder eintreten. Auch solche, welche besondere Bedürfnisse haben. Wie läuft der Eintritt in den Kindergarten? Ist dort schon bekannt, ob es unterstützende Angebote seitens der Schule braucht?

Andreas Jenni: Meine Zeit als Schulpräsident liegt nun schon etwa 20 Jahre zurück. Wie es heute läuft, kann ich nicht im Detail sagen. Wichtig scheint mir jedoch, dass es, was die Schule betrifft, primär Sache der Lehrperson sein sollte, die Kinder zu fördern und zu unterstützen. Externe Hilfe soll zwar beigezogen werden, aber sie soll nicht an erster Stelle stehen.

Markus Späth: In vielen Fällen haben Kinder beim Eintritt in den Kindergarten bereits eine klare medizinische oder psychologische Diagnose. Dann können wir rasch reagieren und die nötigen zusätzlichen Ressourcen bereitstellen. Ebenso häufig aber merken Eltern und Schule erst mit dem Beginn des Kindergartens, dass ihr Kind besondere Bedürfnisse hat. Dann dauert es unter Umständen Wochen oder sogar Monate, bis

alle Abklärungen und Untersuchungen vorliegen, um das betroffene Kind in der Klasse gezielt zu unterstützen. Deshalb stehen in unseren Kindergärten zu Beginn des Schuljahres zusätzliche Assistenzstunden zur Verfügung, um die Klassenlehrperson zu entlasten und allen Kindern gerecht zu werden.

Welches sind die häufigsten Unterstützungsmassnahmen?

Markus Späth: Für jedes Kind mit einer ISR-Diagnose (ISR = Integrierte Sonderschulung in der Regelklasse) beschliesst die Schulpflege auf Grund der schulpsychologischen Abklärung und auf Antrag der Schulleitung, welche Therapiestunden, Assistenzlektionen und Heilpädogikunterstützung zur Verfügung gestellt werden soll. In Feuerthalen haben wir vor den Sommerferien für fast zwei Dutzend Kinder im Schnitt 9 Zusatzlektionen bewilligt. Das kostet zwar einiges (im Schnitt 30‘000 Franken), ist aber finanziell viel weniger belastend für die Gemeinde, als wenn diese Kinder in Kleinklassen oder in einer spezialisierten Sonderschule unterrichtet werden müssten.

Thomas Röhren: Mit Abstand die häufigste Unterstützungsmassnahme sind engagierte Lehrpersonen! Lehrpersonen leisten im Alltag den grössten Teil der Unterstützungsmassnahmen.
Es gibt wohl aktuell ein breites Angebot an schulischen Spezialangeboten (z. B. ISR) und externe Angebote, aber aktuell setzen diese Angebote eine professionelle Abklärung durch Spezialisten voraus. Die Wartezeiten für Abklärungen liegen aktuell bei 9 Monaten und mehr – hier hat der Kanton riesigen Nachholbedarf in der Bereitstellung adäquater Ressourcen. Bis zur Lösung dieser Herausforderung bleibt den Schulen eigentlich nur die Möglichkeit, situativ als Team (Lehrpersonen, Schulsozialarbeit, heilpädagogisches Angebot, etc.) für jedes Kind das Optimum im Rahmen des Möglichen zu suchen.

Schülerinnen und Schüler sind sehr unterschiedlich unterwegs. Die Bedürfnisse wie auch das Verhalten der Kinder und Jugendlichen sind sehr individuell. Welche Rezepte habt ihr an euren Schulen, um dieser Individualität gerecht zu werden?

Andreas Jenni: Zu Beginn meiner Berufslaufbahn habe ich als Primarlehrer gearbeitet, das war von 1984-1995. Damals waren die Lehrpersonen noch klassische Einzelkämpfer. Teamarbeit unter den Lehrerinnen und Lehrern war zwar bekannt, wurde aber nur teilweise auch tatsächlich gelebt. Heute ist das anders, der Austausch untereinander grösser und von den Schulleitbildern auch klar gefordert. Das dünkt mich der wichtigste Schritt, um dem Thema „Individualität“ gerecht zu werden. Es ist kaum möglich, für jede Situation schon zum vorneherein die Lösung zu haben. Es braucht den Austausch der Ideen im Lehrerzimmer.

Markus Späth: Andreas Jenni hat die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten richtig beschrieben. Matchentscheidend im Umgang mit den unterschiedlichen Bedürfnissen und Verhaltensweisen ist das Teamwork der beteiligten Pädagog:innen. In rund der Hälfte der Lektionen steht im Klassenzimmer mehr als eine erwachsene Person zur Verfügung. Das ermöglicht einen viel stärker als früher individualisierenden Unterricht, die Arbeit in Gruppen oder auch allein, gezieltes Coaching und motivierende Lernbegleitung. Bei meinen Schulbesuchen stelle ich aber mit grosser Befriedigung auch immer wieder fest, dass guter Frontalunterricht oder die gemeinsame Arbeit im Klassenverband nach wie vor eine grosse Rolle spielen; die Schüler:innen lernen so soziales Zusammenleben und Kooperieren.

Thomas Röhren: Für Rezepte haben wir den Tip-Topf. Für individuelle Lösungen haben wir ein engagiertes Team. Es wäre wunderbar, wenn wir mit Rezepten alle Herausforderungen lösen könnten. Solange wir den Anspruch haben individuelle Lösungen zu erreichen, ist das einzige Rezept, welches funktioniert: Ressourcen bereitstellen für ein resilientes und motiviertes Schulteam, welches adäquat auf die Kinder reagieren kann. Es gibt für individuelle Herausforderungen kein Patentrezept, aber es gibt unzählige motivierte Menschen im Schulsystem, welche jeden Tag kleine Wunder wirken.

In stadtnahen und städtischen Schulen gibt es sogenannte QUIMS-Schulen. Diese erhalten mehr Ressourcen und können kleinere Klassen bilden. Wie sieht es im Weinland damit aus. Gibt es hier ähnliche Möglichkeiten, welche die Schulbehörden für die Schulen nutzen können? Wenn ja, welche, wenn nein, weshalb nicht?

Markus Späth: QUIMS bedeutet Qualität in multikulturellen Schulen. Es handelt sich um ein Förder-Programm im Kanton Zürich für besonders belastete Schulen, mit einem Anteil von fast 50% Kindern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Als Agglomerationsgemeinde haben auch wir in Feuerthalen einen beträchtlichen Anteil fremdsprachiger Kinder, erreichen aber die QUIMS-Kriterien nicht.

Thomas Röhren: Das Weinland ist ein privilegierter Lebensraum. Uns fehlt es eigentlich an nichts. Die Kehrseite von diesem Glück ist die Tatsache, dass der Kanton Zürich die beschränkten Ressourcen für die Volksschule zuerst in Regionen einsetzt, welche wirklich Themata bewältigen müssen (Stichwort: Sozial-Index). Wir werden nicht speziell gefördert in Andelfingen, aber inhaltlich gibt es einige Projekte, welche man als QUIMS-Projekt bezeichnen könnte. Nicht die Form zählt, sondern der Inhalt ist entscheidend.

Die Rückkehr zum Sonderschul- oder Kleinklassenkonzept steht politisch im Raum. Aus welchen Gründen seht ihr diese Entwicklung als fehlerhaft an?

Andreas Jenni: Kleinklassen erachte ich nicht in jedem Fall als ungeeignet. Lehrpersonen und Kinder können mit einer zu grossen Heterogenität im Schulzimmer auch überfordert sein. In den 80er-Jahren war das Modell des Klassenlehrers (ein Lehrer für alle Fächer) sehr umstritten. Man hat vorgebracht, das sei gar nicht möglich, dass eine Person Mathe, Deutsch, Religion, Schwimmen, Französisch und alle anderen Fächer unterrichte. Das mag ja zutreffen, aber heute wird von den Lehrpersonen verlangt, allen Kindern, auch denjenigen mit sehr grossen Auffälligkeiten, gerecht zu werden. Die vollständige Integration kann auch belastend sein, und zwar für Kinder und Lehrpersonen.

Markus Späth: Nach wie vor haben wir für Kinder, welche im integrativen Modell nicht genug gefördert werden können, Sonderschulen. Die Gemeinden unseres Bezirks führen als Zweckverband die heilpädagogische Schule in Humlikon. Dort werden die Kinder – auch solche aus Feuerthalen – nach wie vor in Kleingruppen von 6 bis 8 Schüler:innen unterrichtet. Das ist gut so. Zusätzliche Kleinklassen in unseren Schulhäusern brauchen wir nicht. Sie sind weder zielführend noch finanziell erstrebenswert – im Gegenteil.

Thomas Röhren: Was für die Schweizer Armee recht ist, kann für die Volksschule nur billig sein! In der Armee darf (leider) jeder und jede mitmachen – es gibt keine Sonder-Armee für Menschen mit besonderem (Bildungs-)Bedarf. Sicherlich wäre es reizvoll eine Armee mit lauter intelligenten Offizieren zu betreiben, aber wir würden wohl nie eine adäquate Truppengrösse erreichen. Intelligente Menschen bekämpfen sich nicht! Und wenn wir nicht zwei Armeen betreiben, brauchen wir auch nicht zwei Schulen. Jetzt aber ernsthaft: Es ist heute unbestritten in den Erziehungswissenschaften, dass die separative Schule nicht zielführend war. Ausser stigmatisierte Kinder am Ende der Schulzeit hervorzubringen, war das System nicht tauglich. Wer in einer heterogenen pluralistischen Gesellschaft aufwächst, ist gut beraten, schon früh zu üben sich in dieser Gesellschaft zu bewegen. Nicht die Integration ist das Problem, sondern die viel zu knapp bemessenen Ressourcen zur Erfüllung der Integration. Der Wunsch der bürgerlichen Seite nach Separation zeugt für mich von einer tardierten Auffassung des Bildungsauftrages. Kindern sollten heute nicht mehr ungestört im Klassenverband rasch und viel auswendig lernen (Wer erinnert sich? - «Âllo âllo, c'est toi, Simone? Ici René, ton cousin de Genève.» - Wer hat diesen Satz der Bourgeoisie wirklich in seinem Leben gebraucht?), sondern lernen sich in einer hyper-dynamischen Gesellschaft situativ adäquat zu bewegen. Was gestern galt, steht morgen schon wieder zur Disposition. Leben lernen ist der Auftrag der Stunde und dies gelingt in heterogenen Gruppen am besten! Wir müssen Kinder heute nicht mehr mit Wissen abfüllen (Lehrplan 21 – Volkswille!) und sie «dressieren», sondern helfen, sie zu wertvollen Mitmenschen heranwachsen zu lassen.

Integratives Gymnasium?

Sibylle Jüttner, Kantonsrätin SP, Prorektorin und NAM-Verantwortliche

Trotz aller Hiobsbotschaften bezüglich gescheiterter integrativer Schule schaffen es immer mehr Kindern mit einer Behinderung ins Gymnasium. Mit nachteilsausgleichenden Massnahmen (NAM) in der Volksschule und dann an der Aufnahmeprüfung für das Gymnasium wird es Kindern mit den unterschiedlichsten Behinderungen nun besser möglich, eine Matur auf dem ersten Bildungsweg zu machen. Die immer ausgeprägteren Behinderungen sind selbstverständlich auch für unsere Lehrer:innen eine Herausforderung, zumal diese im Vergleich zur Lehrpersonen der Volksschule noch weniger pädagogisch ausbildet sind.
Schwierig ist, dass es grundsätzlich keine Lernzielbefreiungen geben darf, da wir ja auf die Matur vorbereiten müssen und dort dann auch eidgenössische und kantonale Vorgaben gelten. Gerade während der Probezeit braucht es eine sorgfältige Analyse, ob es bei Misserfolgen effektiv an der Behinderung liegt, oder ob es halt doch aus anderen Gründen nicht für das Gymnasium reicht.
Auffälliges Verhalten von Kindern mit einer Autismus-Spektrum-Störung überfordern teilweise unsere Lehrpersonen, weil diese zu wenig darüber wissen. Wir versuchen mit entsprechenden Weiterbildungen ein grösseres Verständnis und einen besseren Umgang mit dieser Störung zu fördern.
Die mangelnden Schulräume und das Fachlehrer:innensystem zwingen uns, alle nachteilsausgleichenden Massnahmen in den Bereichen «Zeitzuschlag» und «reizarme Umgebung» irgendwie in der bestehenden Struktur zu realisieren, was aber für beide Seiten teilweise unbefriedigend ist.
Es gibt klare kantonale Vorgaben, was für den Anspruch auf NAM erfüllt sein muss. So gehört eine ärztliche Abklärung dazu. Das Problem ist einfach, dass diese Untersuchung für Kinder am Gymnasium weder von der Schule noch von der Krankenkasse bezahlt wird, was neue Ungerechtigkeiten schafft. Auf der einen Seite gibt es Eltern, welche eine medizinische Abklärung, die mehrere hundert Franken kostet, nicht bezahlen können. Auf der anderen Seite gibt es oftmals Eltern mit eher bildungsfernem Hintergrund, die für ihr Kind gar keine NAM beanspruchen, obwohl es Anrecht darauf hätte. Hier ist die Politik gefordert.

Anspruchsvolle Situationen erfordern neue Lösungsideen. Vor kurzem hat die Schulpflege und der Gemeinderat Feuerthalen das Projekt «Schulinsel» beschlossen. Frage an Markus Späth: Welches sind die Ziele, die damit verfolgt werden?

Markus Späth: Die Schulinsel soll nach den nächsten Sportferien unter sozialpädagogischer Leitung während der Blockzeiten für Kinder zur Verfügung stehen, welche im

Klassenverband überfordert sind oder ihrerseits die Klasse durch herausforderndes Verhalten überfordern. Es sind im Moment vor allem einzelne Buben, die aus ganz spezifischen Gründen das Lernen verweigern, sehr viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen und so auch für das Lernen in der Klasse zur Belastung werden. Sie sollen unkompliziert von den Lehrpersonen für einige Lektionen, von der Schulleitung für mehrere Tage oder vom Schulpräsidium für mehr als eine Woche der Schulinsel zugewiesen werden können. Dort sollen sie individuell betreut zur Ruhe kommen, konzentriert arbeiten oder notfalls auch nur vernünftig beschäftigt werden. Ziel ist aber in jedem Fall, sie so rasch wie möglich wieder in ihrer Klasse zu integrieren. Auch Schüler:innen, die vielleicht etwas Trauriges erlebt haben oder sich von der Klasse im Moment überfordert fühlen, sollen in der Schulinsel auf ihre Rechnung kommen.

Frage an Andreas Jenni: Gab es solche Ideen bereits in Dachsen? Wie waren diese ausgestaltet?

Andreas Jenni: Auf der Homepage der Schule Feuerthalen hat es ein Dokument, um was es bei der „Schulinsel" geht. Das ist sicher ein interessanter Ansatz, der die Probleme der vollständigen Integration zu beheben versucht. Dafür braucht es aber eine etwas grössere Schule. In Dachsen hatten wir keine solche Lösung, dafür verschiedene Angebote der Lehrpersonen, für Kinder in speziellen Situationen individuelle Lösungen anzubieten.

Frage an Thomas Röhren: Sind in der Sek Andelfingen ebenfalls solche «Schulinseln» oder etwas Vergleichbares geplant oder bereits am Laufen?

Thomas Röhren: Man stelle sich vor, wir konnotierten den Begriff Insel mit einer schwierigen Situation. Wir würden ja allen Familien den Urlaub auf der Südsee-Insel und den Langstreckenflug madig machen. Wir nennen die «Insel» Förderzentrum. So bleibt der Flieger auf der Piste. Unser Förderzentrum ist ein erfolgreiches Projekt und wird in der aktuellen Situation (Jugend im digital-psychischen Dauerstress - Schulabsentismus) künftig sicher nicht kleiner werden. Neben dem Förderzentrum gibt es einen bunten Strauss an alternativen Möglichkeiten. Die wichtigste Massnahme bleibt aber das Beziehungsangebot der Lehrer für die Kinder.

Diese Frage geht an die amtierenden Schulpräsidenten. Wie sieht die Unterstützung für solche Projekte aus dem Volksschulamt aus?

Markus Späth: Die Bildungsdirektion hat sich entschieden gegen die Einführung von Kleinklassen ausgesprochen, befürwortet aber das Modell der Schulinsel, die sie «erweiterter Lernraum« nennt. Für eine finanzielle Unterstützung fehlen aktuell die Rechtsgrundlagen. Eine entsprechende Vorlage ist aber in der Pipeline. Ich hoffe, dass sie rasch in den Kantonsrat kommt und dort eine solide Mehrheit findet.

Thomas Röhren: Ein ganz schwieriges Thema. Das Volksschulamt kann nur Ressourcen sprechen bei klarer Indikation seitens Fachleute. Da aber aktuell das Fachpersonal keine Zeit findet, alle Kinder adäquat abzuklären, entsteht hier ein Delta zwischen wünsch- und machbar. Der Kanton weiss um die Problematik bezüglich der Situation (Fördermassnahmen werden heute pro Kind bewilligt, nicht pro Schule). Es wird eine Vereinfachung der Ressourcenzuteilung durch den Kanton angestrebt – Projekt: Mitteleinsatz flex. Das Problem ist erkannt, wir hoffen auf eine baldige Lösung.

Welches wären aus eurer Sicht griffige Massnahmen seitens der Politik, welche eure Schulen im Bezug auf die Integration helfen würden?

Markus Späth: Da habe ich sehr klare Vorstellungen. In erster Linie müsste die Frühförderung massiv ausgebaut werden. Je früher Kinder aus bildungsfernen Familien zusätzliche Anregungen und Sprachförderung erfahren, desto besser gelingt ihre Integration. Chancengerechtigkeit ohne Frühförderung bleibt Flickwerk, trotz den enormen Anstrengungen, die wir dafür in der Volksschule unternehmen. Zweitens müssen die Lehrpersonen entlastet werden: Die Klassenlehrer:innen sollen weniger unterrichten müssen und dafür mehr Zeit für die Betreuung ihrer Schüler:innen, die Elternarbeit und die Koordination des Unterrichts zwischen allen Beteiligten erhalten; alle Lehrpersonen sollen zudem entlastet werden, indem ihnen mehr Zeit für die (individualisierende) Unterrichtsvorbereitung, das Korrigieren und Nachbereiten angerechnet wird. Da ist die Bildungsdirektion überhaupt nicht vernünftig unterwegs. Sie will nur die Schulleitungen entlasten und vernachlässigt die Lehrpersonen.

Thomas Röhren: Mehr Ressourcen! Schule ist nicht gratis. Wenn wir jede kindliche Schulkarriere optimal gestalten können, werden wir als Gesellschaft auf lange Sicht deutlich weniger Massnahmen zur Behebung einer gescheiterten Schulkarriere finanzieren müssen. Zudem wäre etwas mehr föderalistische Selbstbestimmung für die Schulgemeinden nicht falsch. Ich verstehe, dass der Kanton historisch eine zentrale Steuerung der Schule umsetzen musste. Ansonsten sich die Volksschule nicht flächendeckend durchgesetzt hätte. Bei der Integration wäre aber etwas mehr Selbstbestimmung in einem breiteren Rahmen vom Kanton sicher nicht gänzlich falsch. Was in Zollikon passt, wird in Andelfingen sicher nicht perfekt passen.

Als Gemeindepräsident der Einheitsgemeinde Rheinau ist die Schule auch mit dein Thema, Andi. Zusätzliche Massnahmen werden von der Schulpflege besprochen und beantragt. Ressourcen kosten immer etwas. Wie ist dies in Rheinau geregelt? Wie reagiert der Gemeinderat auf solche Ideen betreffend Integrationsmassnahmen?

Lehrlingsausbildung

„Wir bauen für Ihre Sicherheit“
Was unsere Firma tut und wie wir Lernende ausbilden

Text und Bild: Paul Mayer, Inhaber und Geschäftsführer der PAMAG Metallbau AG, Kantonsrat SVP, Marthalen

Metallbauarbeiten rund ums und im Haus, wie zum Beispiel Balkon-, Treppen-, Terrassen- und Umgebungsgeländer, Pergolen, Vordächer, Sichtschütze und kleinere Stahlbauten wie Fluchttürme oder Balkonanbauten/türme vervollständigen unsere Angebote. Wir beraten, offerieren und planen Metallbauarbeiten, welche in unseren Werkstätten im Fohloch in Marthalen gemäss Kundenwunsch hergestellt werden. Für die Oberflächenbehandlung geht das Material weiter zu verschiedenen Partnerfirmen. Danach liefern und montieren unsere eigenen Montageteams die Produkte beim Objekt des Kunden.

Mit rund 35 Angestellten bilden wir 5 bis 8 Lernende in vier verschiedenen Berufen aus: Metallbaupraktiker/in (2 Jahre), Metallbauer/in (4 Jahre), Metallbaukonstrukteur/in (4 Jahre), KV (3 Jahre). Für die Metallbauberufe sind die Voraussetzungen – neben gutem handwerklichem Geschick – gute Noten in der Mathematik und ein gutes räumliches Vorstellungsvermögen. Ausserdem schätzen wir Teamfähigkeit, Pünktlichkeit und Loyalität.

Wechsel von der Schule zur Lehre
Uns ist bewusst, dass die Jugendlichen am Anfang ihrer Lehre sehr gefordert sind. Alles ist neu, und der Tag bekommt eine strengere Struktur. Man steht früher auf, es gibt weniger Pausen und es sind lange Arbeitstage. Abends sind die Jugendlichen meistens sehr erschöpft, was eine gute Beobachtung und Gespür von den Ausbildner/innen verlangt, damit keine Unfälle passieren. Wir versuchen die Jugendlichen so gut es geht abzuholen, sie zu unterstützen und ihnen einen guten Start in die Berufswelt zu ermöglichen. Weiter ist auch in ihrer persönlichen Entwicklung im Alter zwischen 15 und 19 Jahren sehr viel los, sei es körperlich, emotional oder im sozialen Umfeld.
Die Lernenden kommen aus verschiedenen Sekundarschulen. Wir stellen unterschiedliche Niveaus beim Bildungsstand fest. Das hat Auswirkungen auf die Berufsschulleistung. Nach 2 bis 4 Monaten kommen die meisten Jugendlichen mit der neuen Struktur zurecht.

Welche Anforderungen erfüllen die Jugendlichen, welche Fähigkeiten kann die Schule besser fördern?
Die Jugendlichen, die heute in unseren Betrieb kommen, sind viel kommunikativer und aufgeschlossener als vor 15 Jahren. Aber seit dem Aufkommen des Handys stellen wir fest, dass die Konzentration und der Durchhaltewille während der Arbeit zunehmend nachlassen. Texte und Zusammenhänge verstehen wird immer schwieriger. Ebenfalls betrifft uns das gesellschaftliche Phänomen von stetig zunehmenden Ausfällen aufgrund von Krankheit. Da wir in einer handwerklichen Branche tätig sind, brauchen wir Lernende, die mit den Händen geschickt sind, was zum Beispiel in der Schule oder auch zu Hause besser gefördert werden könnte.

Zum Schluss: Es freut uns, dass unser Engagement für die Ausbildung von Flüchtlingen bis nach Bundesbern Beachtung erhielt. Bundesrätin Simonetta Sommaruga (im Amt bis Ende 2022) hat uns dafür ein Dankesschreiben zukommen lassen.

Andreas Jenni: In Rheinau gehören die politische Gemeinde und die Primarschule zusammen (Einheitsgemeinde). Wir haben deshalb auch ein gemeinsames Budget. Allerdings hat die Primarschulpflege das Recht, der Gemeindeversammlung eigene Anträge zu unterbreiten. Der Gemeinderat muss in einem solchen Fall zwar eine Empfehlung abgeben, aber letztlich entscheidet die Gemeindeversammlung, sei es über das Budget oder über die Genehmigung von Schulreglementen, ob ein Anliegen der Primarschulpflege umgesetzt werden kann oder nicht.

In eurer Zeit als Schulpräsidenten habt ihr sicher viele verschiedene Situationen begleitet und gemeistert mit euren Schulleitungen und Schulpflegen. Gerne würde ich zum Schluss des Interviews eine Erfolgsstory von euch hören, bei der die integrative Schulform gepasst hat.

Andreas Jenni: Wie bereits erwähnt, ist die Integration grundsätzlich eine gute Sache. Sie ist ein wichtiger Garant für den sozialen Frieden in der Schweiz. Integration muss deshalb schon früh gelebt werden, in der Familie und selbstverständlich auch in der Schule. Integration hat viele Ausdrucksformen. Es geht nicht nur darum, lernschwache Kinder in den Regelunterricht zu integrieren. Integration bedeutet für mich auch, unorthodoxe Meinungen anzuhören und bis zu einem gewissen Grad auch zu akzeptieren.

Markus Späth: Jahr für Jahr gelingt es unserer Sekundarschule, für alle (!) Schulabgänger:innen eine gute Anschlusslösung zu finden. Niemand steht nach der 3. Sek auf der Strasse. Das ist für mich der beste Beweis, dass das integrative Schulmodell erfolgreich ist. Jugendarbeitslosigkeit ist in der Schweiz kein Thema. Das ist nicht nur der (integrativen) Schule zu verdanken, aber vor allem ihr Verdienst.

Thomas Röhren: Die eine perfekte Erfolgsstory gibt es nicht. Vielmehr ist die Erfolgsstory, dass nach gescheiterten Integrationsversuchen von Kindern das Schulteam trotzdem wieder aufsteht und bei einem neuen Fall wieder motiviert versucht zu integrieren. Für mich ist dies der Ausdruck, dass niemand an der Sinnhaftigkeit der Integration zweifelt. Die Sekundarschule Andelfingen ist überzeugt, dass durch eine konsequente Separierung der «schwierigen» Kinder der heterogenen Gesellschaft keinen Gefallen getan wäre. Wir sitzen alle im selben Boot (es hat übrigens noch Platz), schauen wir, dass wir nicht kentern und niemand über Bord geht!
Zum Schluss: Etwas mehr Gelassenheit mit unserer Jugend würde uns gut anstehen. Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht. Kinder auf schulische Leistung zu trimmen, macht sie nicht zu besseren Menschen (oder stramm bürgerlich wählenden Stimmbürger*innen). Anstatt die Schule dauernd zu optimieren, könnte man sich ja allenfalls überlegen, ob die Ziele alle noch stimmig sind. Mit smarten Zielen für die Schule wäre eventuell die Integration viel einfacher zu erreichen.

Herzlichen Dank für eure wertvolle Zeit zur Beantwortung meiner Fragen.

Gleichgewicht

Text: Therese Rice

Wilde Tiere brauchen kein Yoga und keine Meditation, um mit sich selbst und mit der Natur im Einklang zu sein. Sie sind. Sie fressen, was sie brauchen, vermehren sogar durch Vorräte Pflanzen, haben Sex, begatten einander, legen Eier, brüten, gebären, ziehen die Kleinen auf, bis sie flügge sind oder selbst weiterkommen, wandern, kehren zurück, in Schwärmen, Herden, Rudeln oder allein, behaupten den Gebrauch eines Territoriums und geben es im Alter oder im Winter zurück, oder wenn die Nahrung knapper wird. Sind sozial in Bewegung oder allein, in der Luft, auf der Erde oder in den Gewässern. Wenn sie sterben, sind Spezialisten da, um ihre Körper zu verwerten, ihr Leib kehrt zurück in die Erde auf vielen Wegen oder sinkt auf den Grund des Meeres und fügt sich ein in Sedimente.

Gelegentliche Störungen in diesem Gleichgewicht heilen wieder. Pflanzen besiedeln wieder Bergsturzregionen, Geröllhalden oder das erstarrte Magma nach Vulkanausbrüchen. Tiere weichen Witterungseinbrüchen aus. Katastrophale Grossereignisse fanden mehrmals statt, und das Leben hat sich sechs Mal neu erfunden und entwickelt.

Nur der Mensch mit seiner Intelligenz, seinem Vorwärtsdrang und dem Anspruch, zu haben und nicht einfach zu sein, bringt es fertig, zur nächsten grossen Katastrophe zu werden.

Welche Zivilisation hatte in den letzten hunderttausend Jahren am längsten Bestand? Die australische der Aborigines während 60’000 Jahren, in der jeder Mensch Verantwortung übernehmen muss für ein nichtmenschliches Lebewesen und für ein Lebensgebiet, nicht nur für Familie oder Clan. Mit nur ganz wenig Hierarchie. Mit gelebter Ehrfurcht, keinem Besitz.

Nein zum masslosen Autobahnausbau

Käthi Furrer

Laut Mitte-Rechts sollen die Autobahnen in der Schweiz an sechs Standorten auf bis zu acht Spuren ausgebaut werden. Kostenpunkt: 5.3 Milliarden Franken. SP, Grüne, Umwelt- und Verkehrsverbände haben dagegen das Referendum ergriffen. Das letzte Wort zum milliardenschweren Ausbau hat damit die Stimmbevölkerung am 24. November. Gleichzeitig hat der Bundesrat Ende September kommuniziert, die durch das CO2-Gesetz vorgeschriebenen Gelder für den klimafreundlichen Verkehr zu streichen. Auch die Gelder für den Ausbau von Nachtzügen fallen damit weg.
Der geplante Autobahn-Ausbau ist überdimensioniert und gründet auf einer überholten Verkehrspolitik. Die Erfahrungen zeigen: Mehr Strassen verschärfen die Verkehrsprobleme. Viele Menschen in den betroffenen Städten und Gemeinden wollen kein ungebremstes Wachstum des Strassenverkehrs. Explizit auch nicht in unserer eigenen Region, siehe dazu den Veranstaltungs-Hinweis zum Fäsenstaub-Tunnel .*

Die wichtigsten Argumente gegen den Autobahn-Ausbau

Der Bau von breiteren Autobahnen führt nur kurzfristig zu einer Entlastung. Die zusätzlichen Spuren ziehen sofort noch mehr Autos an. So entstehen nach kurzer Zeit neue Staus. Die Verkehrsprobleme werden nicht weniger, sondern mehr. Die Schweiz bleibt im Teufelskreis des ewigen Autobahn-Ausbaus gefangen.

Der Autobahn-Ausbau führt zu jahrelangen Baustellen. Dadurch wird der Verkehr auf den betroffenen Autobahn-Abschnitten stark behindert und verlangsamt.

Verkehrslärm und Abgase schaden der Gesundheit und führen zu enormen Kosten für die Allgemeinheit: Sei es wegen steigender Ausgaben für das Gesundheitswesen oder wegen Kosten für Lärmsanierungen.

Die Bauprojekte zerstören über 400‘000 m² Kulturland, wertvolle Fruchtfolgeflächen und Wald. Der Ausbau der Autobahnen befeuert zudem die Zersiedelung und Zubetonierung der Schweiz.

Keine Autofahrt beginnt und endet auf der Autobahn. Der Mehrverkehr belastet somit auch die Quartiere, Dörfer und Städte. Darunter leidet die Lebensqualität der gesamten Bevölkerung.

Darum: am 24. November ein deutliches
Nein zum Autobahn-Ausbau!

Quelle: autobahnausbau-nein.ch

*__Öffentlicher Anlass zum Thema:__
«Mehr Strassen – mehr Verkehr»,
Millionenprojekt zweiter Fäsenstaubtunnel; eine Veranstaltung von SP Weinland und SP Schaffhausen,
Mittwoch, 6. November 2024,
19.30 Uhr, Schloss Laufen

EFAS – Äh, was?

Holger Gurtner

Der sperrige Titel meint Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen im Gesundheitswesen. Die Abstimmung zu EFAS kommt scheinbar logisch daher. Alle Leistungen im Gesundheitswesen werden nach einem Schlüssel (26.9 % Kantone und 73.1% Krankenkassen), an die Spitäler, Pflegeheime, Therapeut:innen, Ärzt:innen usw. bezahlt.
Allerdings hat diese einfache und bestechende Logik mehrere Haken. Die Kantone werden gezwungen, ihre Finanzhoheit für ihren Anteil (13 Milliarden Steuergelder) in die Verwaltung der Krankenkassen zu geben. Die Verantwortung im Gesundheitswesen wird zur Gänze an profitorientierte Versicherer abgetreten, bei steigenden Zahlen derer, welche Pflege und Versorgung benötigen. Die Folgen: weiter steigende Prämien sowie Kantone, welche sich gezwungen sehen, die Einsparungen bei den Prämienverbilligungen zu beschliessen. Nur so können sie die steigenden Kosten kompensieren. Steuererhöhungen sind kaum durchzubringen.
Die Krankenkassen können mit der Preisgestaltung ihre rentablen Zusatzversicherungen an Gutbetuchte bringen, während alle anderen unter dem Kostendruck und der Qualitätsminderung zu leiden haben. Pflegepersonal wird verknappt, Franchisen werden erhöht. Die Gesundheitskosten werden massiv in die Höhe schnellen! Das angegebene Sparpotenzial von 440 Millionen ist Augenwischerei. Solange die «pro-Kopf»-Logik Bestand hat und es weiter über 50, nach maximalem Gewinn strebende Krankenkassen gibt, ist eine vernünftige und gerechte Gesundheitsfinanzierung nicht umzusetzen.
Deshalb Nein zu EFAS!

Zweimal Nein zur Schwächung des Mieterschutzes

Käthi Furrer

Am 24. November entscheiden wir über zwei Vorlagen, die das Mietrecht erheblich schwächen könnten. Sie sind Teil von insgesamt vier Gesetzesänderungen der Immobilienlobby. Alle zielen darauf ab, den Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter zu lockern und damit Mietzinserhöhungen zu erleichtern. Der Mieterverband und die SP haben gegen die ersten zwei das Referendum ergriffen.

Strengere Auflagen bei der Untermiete
Mit der ersten Vorlage droht Mieterinnen und Mietern der Wohnungsverlust, wenn sie die neuen, deutlich verschärften Vorschriften bei der Untermiete nicht einhalten. Künftig müssten Vermieter:innen einer Untermiete nicht nur schriftlich zustimmen, sondern es wären auch detaillierte Angaben zum Untermietvertrag erforderlich. Bei Verstössen droht die Kündigung. Zudem soll die Untermiete auf maximal zwei Jahre begrenzt werden – ein erhebliches Problem für jene, die beispielsweise länger im Ausland leben. Das betrifft vor allem junge Menschen.
Mit der Gesetzesänderung kann die Vermieterseite nahezu willkürlich entscheiden – der Rauswurf droht bereits wegen Kleinigkeiten und innerhalb von nur 30 Tagen. Im Gegensatz dazu geht das heutige Gesetz flexibel auf die Bedürfnisse der Mieterinnen und Mieter ein und ermöglicht die Bekämpfung von Missbräuchen bereits.

Leichtere Kündigungen wegen Eigenbedarf
Die zweite Vorlage erleichtert es den Vermieter:innen, Eigenbedarf geltend zu machen. Geplant sind beschleunigte Gerichtsverfahren, die es Eigentümern ermöglichen, Kündigungen schneller durchzusetzen. Gleichzeitig werden die Hürden zur Geltendmachung von Eigenbedarf gesenkt. Eine Kündigung wegen Eigenbedarf ist jedoch schon heute möglich. Wer eine Wohnung vermietet und diese für sich selbst oder für nahe Verwandte nutzen möchte, kann den Mietern unter Einhaltung der gesetzlichen Fristen kündigen. Ein neues Gesetz ist überflüssig.

Gefahr steigender Mietpreise
Beide Vorlagen zielen darauf ab, bestehende Mietverhältnisse einfacher aufzulösen. Häufigere Mieterwechsel ermöglichen den Immobilienbesitzern, die Mietpreise weiter zu erhöhen. Diese Entwicklung trifft besonders Haushalte mit niedrigem Einkommen hart. Diese haben oft schon jetzt Schwierigkeiten, ihre Miete zu bezahlen oder eine bezahlbare Wohnung zu finden. Bei einer Zustimmung zu den beiden Vorlagen könnte es zudem schwer werden, künftige Vorstösse zur weiteren Aushöhlung des Mietrechts zu stoppen und damit die unaufhaltsame Explosion der Mietpreise zu bremsen.
Deshalb: 2 x Nein zur Schwächung des Mieterschutzes!

Traum von einer besseren und gerechteren Welt

Text: René Holenstein*
Bild: Rolf Baumann

Im Juli 1988 reisten vierzehn Schaffhauserinnen und Schaffhauser nach Nicaragua, um in Santa Emilia, einer staatlichen Kaffeeplantage, einen Kinderhort aufzubauen. Reise, Unterkunft und Verpflegung bezahlten sie aus der eigenen Tasche. Dank einer in Schaffhausen durchgeführten Sammelaktion kamen innert weniger Monate rund 60'000 Franken zusammen. Der Kanton Schaffhausen unterstützte dieses Projekt mit dem Schaffhauser Preis für Entwicklungszusammenarbeit. Mit dabei damals war Fritz Kupferschmied, langjähriges Mitglied der SP Weinland.

Solidarität mit der Revolution

Der historische Hintergrund der Schaffhauser Arbeitsbrigade in Nicaragua war der Sturz des Diktators Anastasio Somoza Debayle durch eine Volksbewegung unter der Führung der Sandinistischen Befreiungsfront (Frente Sandinista de Liberación Nacional – FSLN) im Juli 1979. Die Revolution in Nicaragua (1979–1990) weckte weltweit grosse Hoffnungen. Für viele wurde sie zur Verheissung eines humanen Sozialismus. Ab 1982 wurden in der Schweiz Brigaden gebildet, um vor Ort Aufbauarbeit zu leisten.

Nach monatelanger intensiver Vorbereitung, die hauptsächlich der Sammlung von Spenden gewidmet war, machte sich die Schaffhauser Arbeitsbrigade auf den Weg nach Nicaragua. Die Gruppe setzte sich aus Menschen verschiedener Berufe zusammen – darunter Lehrerinnen und Lehrer, eine Krankenschwester, eine Kleinkindererzieherin, ein Musiklehrer, Hochbauzeichner und Handwerker. Auch ich war als Historiker und ehemaliger Sekretär des Zentralamerika-Komitees der Schweiz Teil der Brigade.

Vielfältige Motivation

Die Motivation der Teilnehmenden war vielfältig. Für die meisten stand Nicaragua damals als Symbol für den Traum von einer besseren und gerechteren Welt. Gleichzeitig

spielte auch eine gewisse Abenteuerlust eine Rolle. Allerdings hatten nur wenige von ihnen eine Vorstellung von der harten Realität, die sie in einem der ärmsten Länder der Welt erwartete.
Was bewegte den gelernten Bauschlosser Fritz Kupferschmied dazu, sich auf einen mehrwöchigen Arbeitseinsatz im fernen Nicaragua einzulassen? Sein politisches Interesse, so erzählt er, wurde im Alter von etwa 30 Jahren durch die Anti-Atombewegung der 1970er-Jahre geweckt. «Ich habe viel gelesen und fand es nicht gut, dass die Konzerne die Welt ausbeuteten.» Als Gewerkschaftsmitglied – damals beim SMUV, heute UNIA – engagierte er sich auch in der SP in Marthalen, doch sein eigentliches Interesse galt dem Sport, besonders dem Velofahren. Eines Tages wurde er von einem Mitglied des Zentralamerika-Komitees Schaffhausen auf die Arbeitsbrigade angesprochen. Nach längerem Überlegen entschloss er sich schliesslich, mitzumachen.

Der dreiwöchige Einsatz in einem abgelegen Weiler in Nicaragua erwies sich als anstrengend und hart. Es regnete oft in Strömen, das Klima war feucht und heiss, und das Essen sehr einfach. Dreimal täglich gab es Reis, Bohnen und Tortillas. «Wir gewöhnen uns schwer an diese eintönige Kost», schrieb eine Brigadistin in ihr Tagebuch. Auch Fritz hatte mit den ungewohnten Lebensumständen zu kämpfen.

Zurück in Schaffhausen, berichteten die Brigade-Mitglieder in Zeitungsartikeln, Interviews, Rundschreiben und Dankesbriefen von ihren Erlebnissen. In Marthalen informierte unter anderem Fritz Kupferschmied vor einem grossen Publikum über den Einsatz. «Dicht gedrängt sassen Junge und Alte im ‘Ochsen-Stübli’. Projektor und Leinwand kamen arg in Bedrängnis», schrieb das «Weinländer Tagblatt». Fritz zeigte sich tief beeindruckt von Nicaragua und seinen Menschen. Besonders gefiel ihm, wie engagiert die Männer und Frauen dort über das politische Geschehen diskutierten. Wirtschaftlich hingegen stehe das Land schlecht da. «Unsereins verdient das Geld für die Flasche, die er in der Beiz bestellt, in ein paar Minuten; ein Nicaraguaner arbeitet dafür einen ganzen Tag!»

Bleibende Eindrücke

Der Schaffhauser Arbeitseinsatz Schaffhausen war ein grosser Erfolg. Dank der Aktion konnten in Nicaragua zwei Kinderhorte für die arme Landbevölkerung finanziert werden. Ebenso bedeutend war das persönliche Erlebnis, das einfache Leben und die Armut in einem Entwicklungsland hautnah erfahren zu haben – Eindrücke, die bei den meisten Beteiligten bis heute nachwirken. Rückblickend sagt Fritz Kupferschmied: «Es gefiel mir, dass man etwas unternahm. Aber damals fühlte ich mich gesundheitlich nicht gut. Ich weiss nicht, ob ich immer noch von der Revolution überzeugt bin. Heutzutage denke ich eher an Evolution. Aber vielleicht gibt es Situationen, in denen ein bewaffneter Aufstand wie in Nicaragua unvermeidlich ist.» Von Präsident Daniel Ortega, dem ehemaligen Revolutionsführer, der sich seiner Meinung nach zu einem neuen «Diktator Somoza» entwickelt hat, ist er enttäuscht.

* Dr. René Holenstein ist Historiker und wohnt in Schaffhausen. Im Jahrbuch 2024 des Historischen Vereins Schaffhausen erscheint sein ausführlicher Beitrag: Im Zeichen der Solidarität. Die Schaffhauser Arbeitsbrigade in Nicaragua 1988.

Atomenergie nein danke

Überlegungen einer Mahnwachefrau, 2. Staffel

Text und Bild: Therese Rice

Es ist nicht gerade appetitanregend, bei einem schmackhaften, gut gelungenen Mittagessen an einen Magistraten erinnert zu werden, der kein Thema auslässt, um die Uhr in der Umweltpolitik zurückzudrehen. Ich will mir aber das Vergnügen nicht verderben lassen, denn grob geriebene Kartoffeln + Schmalz ≠ Bundesrat.

Ein Brief

Als er gewählt wurde, haben wir Mahnwacheleute Schlimmes geahnt. Es war Winter und wir sassen, anstatt in Gruselwetter und Dunkelheit an der Kreuzung nach Benken, um einen Tisch an der Wärme und nutzten die Zeit zum Nachdenken und um einen Brief an diesen Bundesrat zu schreiben.

Seit Jahren halten wir jeden Donnerstag von 5 bis 6 Uhr abends Mahnwache an der Stelle, wo bis 2022 das Tiefenlager für hochradioaktive Abfälle der AKWs geplant war. Der Widerstand im Weinland war ziemlich kontinuierlich, durch KLAR! Schweiz, die Regionalkonferenz, die Kernfrauen und unsere alternde Wenigkeit: Solange

kein Abschaltdatum für die schweizerischen Kernkraftwerke beschlossen ist, solange protestieren wir. Dann die Überraschung: die NAGRA zieht die Region Nördlich Lägern vor. Sollen wir jetzt zu Hause bleiben, weil dem Weinland der bittere Kelch erspart bleibt? Nein, denn die Forderung nach dem Ende der Atomenergie bleibt. So treffen wir uns weiterhin und erinnern die Autofahrer an das ungelöste, gefährliche Problem.
Unser Grüpplein wird zwar nicht grösser und wir nicht jünger, aber der Bundesratsbeschluss, alle Optionen für Kernenergie offen zu lassen, bestätigt unseren eigenen Beschluss.

Wir wiesen im Brief auf den Volksbeschluss hin, der Rahmenbedingungen für den Bau weiterer Atomkraftwerke verbietet, auf die Herkunft des Urans, die Problematik des Atommülls, das Desinteresse der Betreiberfirmen und dass dadurch die Dringlichkeit der erneuerbaren Energien herabgemindert wird.
Auch in der Verkehrspolitik artikulierten wir, dass das Sowohl-als-auch nicht aufgehen kann, nicht Autobahnen ausbauen und den öffentlichen Verkehr.
Die Antwort war nichtssagend und wiederholte nur seine Mantras, alle Türen für zukünftige Entwicklungen offen zu lassen und «neutral» zu sein.

Röstis Lobbyisten

In Wahrheit gehört es zu seinem System der Augenwischerei, von seinen wahren Absichten abzulenken. Dabei geht er, wie oben erwähnt, über Gesetze und wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse hinweg. Wenn man seine Lobbys anschaut, ist klar, woher der Wind weht. Unter seinen ehemaligen Mandaten sind Swissoil – bezweckt die Erhaltung eines freien und leistungsfähigen Brennstoffhandels in der Schweiz – und AVES, die Zuger Aktion für eine vernünftige Energiepolitik. Rösti scheint ihre Positionen eins zu eins zu übernehmen: Alle Energien nutzen, Versorgungssicherheit hat oberste Priorität, Strom wird zur Schlüsselenergie, Wasserkraft stärken, Kernkraftwerke weiter betreiben, Marktkräfte spielen lassen. Unter seinen aktuellen Mandaten: Parlamentarische Gruppe Wasserstoff, Swissnuclear, der Verband der Schweizer Kernkraftwerksbetreiber, Strasse Schweiz (Strassenverkehr), Auto Schweiz (Automobilimporteure), Astag (Nutzfahrzeugverband), Schweizerischer Gewerbeverband. Man könnte sagen: dieser Bundesrat ist angetrieben durch seine Lobbyisten, ihr Programm ist auch das seine.

Die Autobahnen sollen an verschiedenen Stellen auf 6 bis 8 Spuren erweitert werden, während die betroffenen Gemeinden und Landwirte strikt dagegen sind. Denn: mehr Raum für Strassen = mehr Verkehr. Hingegen soll bei den Bahnen und allgemein dem öffentlichen Verkehr gespart werden. Die bereits in Verhandlungen beschlossenen Nachtzüge wurden ersatzlos gestrichen. Sehen so offene Türen aus?
Über seinen Angriff auf das Moratorium Gentechnik vertröste ich auf ein späteres radiisli.

TeleTop
Zweimal hat uns der private Fernsehsender TeleTop beehrt. Junge Jounalist*innen unterhielten sich jeweils eine Stunde mit uns, dampften dann alles auf zwei Minuten ein, was wir wussten und akzeptierten, aber die Schlagzeile bildete nach dem Beschluss über Kernenergie überhaupt nicht unsere Meinung ab: Es sei eine Ohrfeige für die Kernfrauen, obwohl wir erklärt hatten, dass wir gar nicht davon überrascht sind. Wenn schon eine Ohrfeige, ist es eine ins Gesicht aller nüchtern denkenden Menschen mit Erinnerungen an etliche GAUs in Kernkraftwerken, die Kernenergie für eine äusserst gefährlich Option für Stromerzeugung halten.
Röstis erste Taten zeigen uns, dass wir an der Kreuzung nach Benken am Platz sind, solange wir können. Wir zählen zum Spass die Autofahrer*innen, die uns aufmunternd zuwinken (immer mindestens zehn) und schütteln den Kopf über die wenigen, die sich an die Stirn greifen oder gar wütend gestikulieren. Wir bleiben dort auch im Gespräch mit Jutta aus Deutschland, die immer wieder zu uns radelt, und vergleichen die politische Entwicklung unserer beiden Länder.

Wir stellen uns auch Fragen. Warum wehren sich Anwohner von Nördlich Lägern so wenig gegen das geplante Tiefenlager in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft? Sind sie vielleicht an Tatsachen gewöhnt, die sie nicht verhindern konnten? Sie wohnen in der Anflugschneise des Flughafens, von Bülach bis an den Rhein, direkt neben dem Wald, unter dem das Tiefenlager entstehen und eine Million Jahre strahlenden Abfall beherbergen soll. Waren nicht nur geologische Gründe massgebend, wobei auch diese nicht ganz zweifelsfrei sind, sondern auch der einfache Anfahrtsweg vom Zwischenlager Würenlingen zu den AKWs am Rhein?
Übrigens hat uns die NAGRA (positiv) überrascht, die öffentlich darauf hingewiesen hat, dass das Tiefenlager, für das sie zu forschen beauftragt wurden, ausschliesslich für den Müll der bestehenden Kernkraftwerke geplant ist, nicht für weitere AKWs. Es war auch irgendwie skurril, dass eine Professorin für Nukleartechnik der ETH im Ernst behauptete, die Lagerung der Atomabfälle sei technisch gelöst. Sie erhält mehr Studenten, die wieder Gefallen an der aus der Zeit gefallenen Atomenergie gefunden haben.

Wenn ich so dem Strassenverkehr zusehe, denke ich auch daran, dass Autos einen Hauptanteil am CO^2-Ausstoss verursachen, und dass auch Elektroautos Reifenabrieb erzeugen, der bei uns 70% des Mikroplastiks in der Natur ausmacht. Alles fällt eines Tages auf uns zurück und vor allem auf unsere Enkel.
Wie kurzsichtig die aktuelle Politik im Bundeshaus ist, zeigen die bereits sichtbaren Folgen der Klimaerwärmung und die rasch schwindende Biodiversität, die eigentlich die Grundlage allen Lebens ist. Lieber preist die Rechte einfache Lösungen (Migranten) für komplexe Probleme an. Wie schon Sokrates sagte: Die Leute brauchen einen Arzt, aber sie glauben dem Zuckerbäcker.

Zum Weiterlesen:

Vom österreichischen Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie: www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/nuklearpolitik/maerchen-atomlobby.html

Blog von Marcos Buser und Walter Wildi: www.nuclearwaste.info

Die Webseite von Klar! Schweiz

Bodenständig und beharrlich

Jacqueline Badrans Weg ins Bundeshaus
Autorin: Nathalie Zeindler

Sie ist in einem sozialliberalen Umfeld am Zürichberg aufgewachsen und bewegte sich in der Welt der Reichen und Schönen, doch Jacqueline Badran musste innerhalb ihrer Familie auch einschneidende finanzielle Verluste erleiden. «Ich habe die Hälfte meiner Existenz unter der Armutsgrenze gelebt und meine Studien als Skilehrerin, Eisenlegerin, Marktforscherin und Bridgelehrerin selbst finanziert», sagt sie. Diese Prägungen dürften dazu beigetragen haben, dass sie später der SP beigetreten ist, der Partei der Gerechtigkeit und Solidarität.

Dass die heutige Nationalrätin und Unternehmerin schliesslich den Weg nach Bundesbern gefunden hat, ist nicht zuletzt auch auf ihre Schulzeit zurückzuführen. In den 80er Jahren erlebte sie die Demonstrationen der Zürcher Jugendbewegung im Zusammenhang mit den Opernhauskrawallen und dem hart umkämpften Autonomen Jugendzentrum (AJZ) hautnah mit. «Es ist den jungen Menschen seinerzeit gelungen, neue Begegnungsorte zu schaffen und Lebensräume zurückzuerobern. Dabei wurde mir besonders bewusst, dass man ohne Bodenbesitz mehr oder weniger machtlos ist.» Das ist einer der Hauptgründe, weshalb Jacqueline Badran die Boden- und Immobilienpolitik zu ihren Kernthemen auserkoren hat und um jeden freien Quadratmeter kämpft.

Im Buch „Bodenständig und beharrlich“ äussert sich Jacqueline Badran über einschneidende Erlebnisse, ihre politische Motivation und persönliche Mission, über ihr Engagement für die Lex Koller und eine ausgeglichene Wirtschaft sowie über die Klimabewegung, die sie bereits in jungen Jahren erlebt und motiviert hat, unseren Planeten zu schützen.

Xanthippe Verlag
ISBN 978-3-905795-72-1
Erscheinungsdatum: 21. Oktober 2022

Adressänderungen und Retouren

SP Weinland
Steig 1, 8465 Rudolfingen
info@sp-weinland.ch

Kontaktadresse SP Weinland

Käthi Furrer
079 291 89 80
k.furrer@swissworld.com
www.sp-weinland.ch

radiisli Impressum

Herausgeberin:
SP Weinland
IBAN: CH64 0070 0114 8070 8966 6

Redaktion:
Käthi Furrer
Holger Gurtner
Arnold Kohler
Markus Späth-Walter

Gestaltung:
Arnold Kohler

P.P. CH-8200 Schaffhausen
B ECONOMY Post CH AG

Agenda

SP Weinland

Mittwoch, 6. November
Gemeinsame Veranstaltung mit der SP Schaffhausen zum Thema Verkehrspolitik, mit Nationalrätin Min Li Marti (ZH) und Sebastian Schmid, Co-Präsident der IG Fäsenstaub Autobahnreferendum A4; Millionenprojekt zweiter Fäsentaubtunnel; rheinüberschreitende Auswirkungen
19.30 Uhr, im Schloss Laufen

Samstag, 9. November
Bildungssamstag zum Thema Geschlechterrollen im Wandel, mit Nevin Hammad, Co-Präsidentin SP Frauen Zürich
14.15 Uhr, Mehrzweckgebäude beim Schulhaus Dachsen

Sonntag, 5. Januar.2025
Neujahrs-Brunch
10.00 Uhr im Zentrum Kohlfirst in Feuerthalen

SP Kanton Zürich

Montag, 25. November
Delegiertenversammlung
Volkshaus Zürich

SP Schweiz

Samstag/Sonntag, 26./27. Oktober
Parteitag
in Davos

SP-Weinland auf